

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/684 –**

### Geschichtsaufarbeitung des Bundes der Vertriebenen

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Eine kurze öffentliche Debatte im Jahr 2006 um die NS-Belastung eines größeren Teils der Vorstandmitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den ersten drei Jahrzehnten seines Bestehens (DER SPIEGEL schrieb damals: „Ein Blick in die Archive zeigt tatsächlich, dass die Vertriebenenführungsspitze der ersten drei Jahrzehnte noch stärker mit Ex-Nazis durchsetzt war als vermutet.“ DER SPIEGEL 33/2006, S. 46) führte zur Ankündigung der BdV-Präsidentin Erika Steinbach, diese Phase der Verbandsgeschichte aufarbeiten zu wollen.

Für die Bundesregierungen seit 1949 war diese starke Belastung durch Funktionäre mit eindeutiger NS-Vergangenheit offensichtlich kein Hinderungsgrund für die umfassende finanzielle Unterstützung des BdV. Nach eigenen Aussagen (vgl. Bundestagsdrucksache 16/2599, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.) hat sich die Bundesregierung auch niemals darum bemüht, diesen Tatbestand zur Kenntnis zu nehmen. Offensichtlich spielte die NS-Belastung führender Funktionäre des BdV für die Bundesregierung bei der Gewährung von finanziellen Mitteln für den BdV keine Rolle.

Die „FAZ“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 25. Januar 2010, der BdV habe sich beim Kanzleramt um Gelder für eine Studie des Münchner Instituts für Zeitgeschichte bemüht. Diese Studie liege jedoch bis heute nicht vor, lediglich eine „Machbarkeitsstudie“ sei angefertigt worden.

1. Trifft es zu, dass der BdV Gelder von Seiten der Bundesregierung erhält, um die Verbandsgeschichte aufzuarbeiten, in welcher Höhe wurden Gelder bewilligt, und in welchem Haushaltstitel wurden sie eingestellt?

Das Bundesministerium des Innern fördert aus Kapitel 0640 Titel 685 02 ein Forschungsprojekt „Gruppenbiographische Studie über die ersten Präsidialmitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV)“. In dem Projekt wird die Frage untersucht, ob und in welchem Ausmaß Angehörige dieser Personengruppe in die nationalsozialistische Diktatur verstrickt gewesen waren.

**\* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 24. Februar 2010 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Das Projekt besteht aus drei Arbeitsphasen:

- Machbarkeitsstudie (Oktober bis Dezember 2007 mit ergänzenden Recherchearbeiten 2008). Antragsteller und Zuwendungsempfänger; BdV, Förderbetrag 13 190 Euro, Eigenleistung des BdV 1 000 Euro. Der BdV beauftragte mit der Machbarkeitsstudie das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München/Berlin.
- Hauptstudie Teil 1: Archivrecherchen (August - Dezember 2009). Zuwendungsempfänger IfZ, Förderbetrag 55 500 Euro.
- Hauptstudie Teil II: Auswertung des Materials und Abfassung der Studie. Vorgesehener Förderzeitraum: April bis September 2010, vorgesehener Förderbetrag 30 000 Euro, Zuwendungsempfänger: IfZ.

Es ist geplant, dass das Projektergebnis zum Jahresende 2010 vorliegt.

2. Welche konkreten Vorhaben wurden vom BdV genannt, und welcher Zeitrahmen wurde für die Umsetzung vereinbart?
3. Bestätigt die Bundesregierung die verbreitete Meldung u. a. der „FAZ“ und des „SPIEGEL“ (Nr. 4/2010), dass bis heute keine Studie zur Verbandsgeschichte des BdV vorliegt, sondern nur eine „Machbarkeitsstudie“ angefertigt wurde?
5. Wer – die Bundesregierung, der BdV, Einzelpersonlichkeiten – hat bisher Gelder in welcher Höhe für diese Machbarkeitsstudie ausgegeben/erhalten, und welche Summe wird für eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Verbandsgeschichte des BdV insgesamt veranschlagt?
7. Welche Gründe sind der Bundesregierung für die Tatsache bekannt, dass entgegen der Ankündigung der BdV-Vorsitzenden Steinbach bis heute keine wissenschaftliche Aufarbeitung der Verbandsgeschichte vorliegt, und bis wann rechnet die Bundesregierung mit der Fertigstellung der Studie?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. Was beinhaltet bzw. was ist eine Machbarkeitsstudie in diesem Zusammenhang?

Die Machbarkeitsstudie identifiziert die Gruppe der in die Untersuchung einzubeziehenden Personen und beschreibt aufgrund von Erstrecherchen die zu ihnen vorhandene Quellenlage. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Quellenlage gut und für eine Hauptstudie hinreichend tragfähig ist. Darüber hinaus gibt sie eine erste, noch sehr vorläufige (und inzwischen durch weitere Recherchen überholte) Zusammenfassung von zum Zeitpunkt ihrer Erstellung (Ende 2007) vorhandenen Kenntnissen über diese Personen.

6. Aufgrund welcher Förder- oder sonstiger Richtlinien wurde die Studie aus Haushaltsmitteln finanziert, gibt es konkrete Angaben oder Verpflichtungen des BdV zu einer Co-Finanzierung?

Die Untersuchung wird nach den Bestimmungen des Haushaltsrechtes gefördert. Der BdV hat bei der Finanzierung der von ihm in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie einen eigenen Finanzierungsanteil in Höhe von 1 000 Euro geleistet.

8. Wer hat das Münchner Institut für Zeitgeschichte als wissenschaftliche Institution in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, und welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung für diese Institution?

Den Auftrag für die Machbarkeitsstudie hat der Bund der Vertriebenen dem IfZ gegeben. Die Förderungen für die Projektphasen 1 und 2 wurden und werden dem IfZ auf seine Antragstellung hin vom Bundesministerium des Innern gewährt.

Für die Bearbeitung durch das Institut für Zeitgeschichte spricht sein wissenschaftliches Profil und Renommee. Das Institut für Zeitgeschichte ist die führende deutsche Forschungseinrichtung zur Geschichte seit 1917 mit einem Arbeitsschwerpunkt auf der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie genießt national und international hohes Ansehen; bei seiner letzten Evaluierung durch den Senat der Wissenschaftsgemeinschaft Georg Wilhelm Leibniz wurde die Qualität ihrer Arbeit als „insgesamt sehr gut, in Teilen hervorragend“ bewertet.

9. In welcher Form sollen die Ergebnisse einer möglichen von der Bundesregierung geförderten Studie der Öffentlichkeit präsentiert werden?

Es ist vorgesehen, dass das Ergebnis in Form einer Monographie vom Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht wird.

elektronische Vorab-Fassung\*

**elektronische Vorab-Fassung\***